

Der Fall der Oberleutnants Franco A. hat eine öffentliche Debatte über Rechtsextremismus in der Bundeswehr ausgelöst. Nach Ihren Worten übt die Truppe eine starke Anziehungskraft auf Rechtsextremisten aus. Heißt das umgekehrt, dass in der Bundeswehr überproportional mehr Rechtsextremisten anzutreffen sind als in der Gesellschaft?

Nein. Es gibt dazu zwar keine belastbaren empirischen Studien, aber ich gehe davon aus, dass der Anteil von Rechtsextremisten eher sogar niedriger ist als in der ganzen Gesellschaft. Die Bewerber durchlaufen ja ein Einstellungsverfahren, zukünftig werden sie auch gleich zu Anfang einer Sicherheitsüberprüfung durch den Militärischen Abschirmdienst (MAD) unterzogen. Trotzdem gibt es natürlich keine 100-prozentige Garantie dafür, dass jeder Rechtsextremist erkannt und von vorneherein aussortiert wird. Deshalb muss auch im alltäglichen Dienst auf solche Tendenzen geachtet werden. Und wenn sich da ein Soldat als Rechtsextremist entpuppt, dann kann es nur eine Konsequenz geben – er muss entlassen werden. Wer die demokratische Ordnung bekämpft, hat bei den Verteidigern der Freiheit nichts zu suchen!

Im Fall Franco A. hat aber genau dies ja nicht funktioniert. Drückt die Bundeswehr bei der Einstellung von Soldaten wegen ihres Nachwuchsmangels eventuell zu oft ein Auge zu?

Die Bundeswehr hat im Moment sicherlich ein Nachwuchsproblem, aber hinsichtlich des Themas Rechtsextremismus sehe ich da aktuell keinen Trend. Natürlich weiß man in der Bundeswehr seit 60 Jahren, dass man aufpassen muss, weil Rechtsextremisten Uniformen, Waffen, Hierarchien besonders attraktiv finden. Deshalb bleibt Wachsamkeit geboten. Ich zitiere an dieser Stelle gerne den Heeresinspekteur, Generalleutnant Jörg Vollmer, der gesagt hat: „Verschweigen, Weghören, Wegschauen ist falsch verstandene Kameradschaft, Eingreifen und Verhindern eine Frage der Ehre.“ Im Fall Franco A. fehlte das frühzeitige Eingreifen.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat auch in anderen Zusammenhängen eine mangelnde Fehlerkultur in der Truppe angemahnt. Müssen die Soldaten denn befürchten Nachteile zu erleiden, wenn sie Dinge melden, die aus dem Ruder laufen?

Ich hoffe und glaube, dass viel Zivilcourage in der Truppe ist. Und wenn es doch Nachteile gibt, dann können und sollten sich die Soldaten an den Wehrbeauftragten wenden. Tatsächlich beziehen sich die Eingaben der Soldaten aber fast durchweg auf andere Probleme als Rechtsextremismus.

Bei Aussetzung der Wehrpflicht ist davor gewarnt worden, dass damit ein Kernstück der demokratischen Kontrolle verloren gehen könnte. Teilen Sie diese Befürchtung hinsichtlich der aktuellen Diskussion?

Nein, da sehe ich keinen Zusammenhang. In den meisten Fällen von Rechtsextremismus, sexuellen Übergriffen oder Schleiermethoden, über die wir im Augenblick diskutieren, haben wir es mit Soldaten zu tun, die schon länger in der Bundeswehr dienen und bereits vor Aussetzung der Wehrpflicht zur Truppe gekommen sind – auch Franco A. Deutschland hat heute die demokratischste Armee seiner Geschichte. Die Soldaten sind gut in die Gesellschaft eingebunden, sei es in Sportvereinen, sei es

»Eine Frage der Ehre«

BUNDESWEHR Wehrbeauftragter warnt vor Generalverdacht gegenüber Soldaten



Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages.

© picture-alliance/Rainer Jensen/dpa

in der Soldatengewerkschaft oder in Parteien oder Kommunalparlamenten. Die Bundeswehr ist kein Staat im Staate, sondern eine Armee der Demokratie.

In den Berichten des Wehrbeauftragten spielte das Thema Rechtsextremismus zwar immer eine Rolle, aber keine zen-

trale. Ist das Problem nicht so groß wie die derzeitige Diskussion nahelegt oder ist es vernachlässigt worden?

Rechtsextremismus ist ein Dauerthema in den Jahresberichten, aber heute gewiss nicht das Zentralproblem unserer Bundeswehr. Wir bekommen die Zahlen über gemeldete rechtsextremistische Vorfälle vom

Ministerium mitgeteilt und veröffentlichen diese, zuletzt: 63. Diese Zahlen sind in den vergangenen Jahren nicht signifikant gestiegen. Die darüber hinaus vom MAD bearbeiteten Verdachtsfälle sind nach Aussetzung der Wehrpflicht und der erneuten Verkleinerung der Bundeswehr nach den Zahlen des Ministeriums sogar deutlich ge-

sunken. Bei der Durchsicherung sämtlicher 400 Bundeswehrliegenschaften in den letzten Tagen wurden insgesamt 41 Funde von möglichen Wehrmachtsdevotionalien gemeldet – was ich bei 250.000 Menschen in der Bundeswehr nicht so extrem besorgniserregend finde. Was die Truppe im Moment belastet, ist das verbreitete Gefühl,

unter eine Art Generalverdacht gestellt zu sein.

Verteidigungsministerin von der Leyen will jetzt verstärkt gegen Rechtsextremismus in der Truppe vorgehen. Die Kasernen wurden durchsucht, die Kasernenamen sollen überprüft werden, der Traditionserlass und die Prinzipien der Inneren Führung überarbeitet werden. Ist das Zwangsaktionismus oder angebracht?

Man kann das alles machen. Aber man muss den Soldaten dann deutlich erklären, dass damit kein generelles Misstrauensvotum verbunden ist. Nicht ganz leicht. Neben das Bild von Helmut Schmidt in Wehrmachtsuniform, das jetzt an der Bundeswehr-Universität in Hamburg abgehängt wurde, hätte einfach ein kleiner einordnender Text gehört. Auch in meinem Büro hängt ein Bild von einem Soldaten in Wehrmachtsuniform – es zeigt den Kopf des militärischen Widerstandes gegen Hitler, Henning von Tresckow...

... unverdächtig und Teil der Traditionspflege in der Bundeswehr.

Ja, aber ich habe trotzdem neben das Bild ein kleines Schild mit einer Erklärung zu seiner Person gehängt, um jedes Missverständnis auszuschließen.

Als Beleg für eine verfehlte Traditionspflege wird von Kritikern immer wieder die Benennung von Bundeswehrrakernen angeführt.

Viele Kasernen trugen lange Zeit die Namen von Soldaten der Wehrmacht, darunter auch glühende Nationalsozialisten. Dazu gab es entsprechende „Traditionsräume“. Darüber hat es dann nach und nach öffentliche, klärende Diskussionen, auch in der Truppe selbst, gegeben. Die Gründung der Bundeswehr war ja von Anfang an mit der politischen Entscheidung verknüpft, dass die neuen deutschen Streitkräfte eben keine Wiederbelebung der Wehrmacht sein sollten. Deshalb gibt es die Prinzipien der Inneren Führung, und als „Staatsbürger in Uniform“ stehen den Soldaten alle staatsbürgerlichen Rechte zu. Sie sind Teil unserer Demokratie. Bundestag und Bundeswehr sind im demokratischen Deutschland auf besondere Weise, zum Beispiel auch durch das Amt des Wehrbeauftragten, miteinander verbunden. Deshalb sprechen wir von einer „Parlamentsarmee“. Der lange Abschied von Wehrmachtstraditionen müsste jetzt eher in die Schlussphase eingetreten sein. Es gibt noch etwas mehr als eine Handvoll Kasernen, deren Namen revisionsbedürftig sein dürften. Gleichzeitig hat sich die Bundeswehr in ihrer 60-jährigen Geschichte längst eigene Traditionen aufgebaut – auch mit herausragenden soldatischen Einzeltaten in den Einsätzen. Und mit einer beispielhaften Kooperation in der Nato und mit den europäischen Partnern. Da wird es nicht schwer sein, heute auch einen Namensbezug zu dieser jüngeren Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts herzustellen.

Das Interview führte Alexander Weinlein. ||

Hans-Peter Bartels, geboren 1961, zog 1998 erstmals für die SPD als Direktkandidat des Wahlkreises Kiel in den Bundestag ein. Bis zu seiner Wahl zum Wehrbeauftragten im Dezember 2014 war er Mitglied des Verteidigungsausschusses, den er ab Januar 2014 auch als Vorsitzender leitete.

Wahlkampföne überlagern Debatte über Rechtsextremismus in der Truppe

VERTEIDIGUNG Die Opposition und die SPD werfen CDU-Ministern Ursula von der Leyen und Thomas de Maizière Versagen im Fall des Bundeswehroffiziers Franco A. vor

Applaus von links ist für Ursula von der Leyen (CDU) selten. Soldatinnen und Soldaten schwören einen Eid, Recht und Freiheit des deutschen Volkes zu verteidigen, Extremisten träten Recht und Freiheit mit den Füßen. „Deshalb haben Rechtsextremisten nichts in der Bundeswehr verloren“, sagte die Verteidigungsministerin in der vergangenen Woche in einer Aktuellen Stunde des Bundestages. Die Feststellung konnten alle Fraktionen unterstützen. Ansonsten hatte die CDU-Politikerin, die seit gut zwei Wochen mit dem Fall des rechtsextremen Offiziers Franco A. alle Hände voll zu tun hat, aber einen schweren Stand.

Ist der Fall Franco A., der mit mindestens zwei Komplizen offenbar Anschläge plante und sich parallel als syrischer Flüchtling ausgab und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sogar einen Schutzstatus erhielt, ein Einzelfall oder nicht? Darüber gingen die Ansichten weit auseinander. Nein, sagte die Verteidigungsexpertin der Linken, Christine Buchholz. Ein „relevanter Teil“ der Bundeswehr habe ein Problem mit dem Rechtsextremismus, meinte Buchholz und bezog sich auf Zu-

schriften von Soldaten. Das Problem sei von der Ministerin kleingeredet worden. Allerdings sollte sich auch die SPD nicht so „aufplustern“. Ihr damaliger Verteidigungsminister Peter Struck habe Untersuchungen zu dem Thema blockiert. Buchholz warf der Bundeswehr und dem Militärischen Abschirmdienst (MAD) „Totalversagen“ vor. Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion, Agnieszka Brugger, betonte, es habe immer wieder Gelegenhei-

ten gegeben, rechtsextreme Umtriebe in der Truppe zu untersuchen, etwa anhand der Berichte des Wehrbeauftragten des Bundestages. Mathias Edwin Höschel (CDU) entgegnete, die Zahl der Verdachtsfälle sei rückläufig. Und nur ein Bruchteil davon bestätigte sich. Florian Hahn (CSU) sprach von „einzelnen schwarzen Schafen“. So weit wollte die Ministerin nicht gehen. Sie wandte sich zwar gegen einen Pauschalverdacht. Aber nur von Einzelfällen zu sprechen, wäre „grundfalsch“.

Der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter nannte es „schleierhaft“, dass die Pläne und das Doppelleben von Franco A. so lange unbemerkt blieben. „Es schauten zu viele in entscheidenden Momenten weg“, beklagte Hofreiter. Für diesen „Skandal“ trage die Ministerin die Verantwortung. Hofreiter verwies darauf, dass die Union seit zwölf Jahren das Verteidigungsministerium führe. „Sie und ihre Partei stellen ein Sicherheitsrisiko dar“, sagte Hofreiter.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, machte für die Vorfälle von der Leyen „persönlich“ verantwortlich. Das gelte ebenfalls für Innenminister Thomas de Maizière (CDU), in dessen Zuständigkeit das BAMF falle. Die Ministerin sei seit dreieinhalb Jahren

im Amt, habe aber die guten Fähigkeiten etwa beim Zentrum und Beirat Innere Führung nicht genutzt. „Das Reinhören in die Bundeswehr wurde von Ihnen ignoriert“, warf Arnold der Ministerin vor. Gute Führung beginne an der Spitze. „Deshalb sind Sie kein Vorbild für die Soldaten“, rief Arnold von der Leyen zu. Sein Fraktionskollege Lars Klingbeil ergänzte, manchmal habe man den Eindruck, von der Leyen sei erst seit zwei Wochen im Amt. Klingbeil vermisste zudem eine öffentliche Entschuldigung der Ministerin für ihre „Pauschalkritik“, es gebe ein „Haltungsproblem“ und Führungsschwäche auf unterschiedlichen Ebenen. Von der Leyen würdigte im Bundestag allerdings den „hervorragenden Dienst“, den Tausende Soldaten täglich tun.

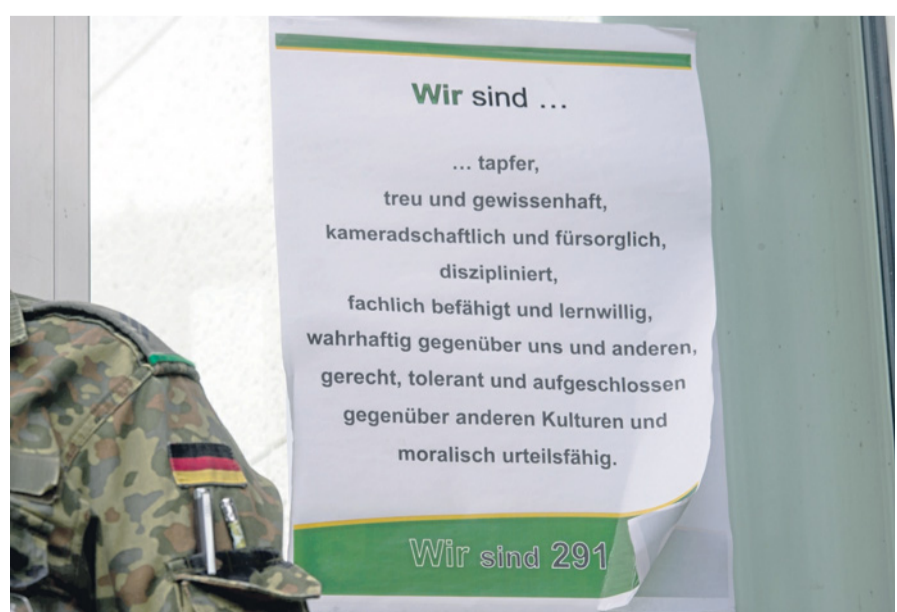
Mehrere Redner der Unions-Fraktion nahmen von der Leyen in Schutz. Der verteidigungspolitische Sprecher Henning Otte (CDU) warf Linken und Grünen vor, die Bundeswehr in Misskredit zu bringen. Die Kritik des SPD-Kanzlerkandidaten Schulz wertete Otte als Panikreaktion nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. „Die Union steht mit ihrer Verteidigungsministerin fest an der Seite der Soldaten“, sagte Otte. Die Bundeswehr sei ein Garant für die Sicherheit und die Union die Partei der innere, äußere und sozialen Sicherheit.

Von der Leyen will im Fall Franco A. „hart aufklären“ und „konsequent nachsteuern“, sollte es strukturelle Probleme geben. Dass der MAD 2014 nicht über die rechtsextrem durchsetzte Masterarbeit von Franco A. an der französischen Militär-Universität Saint-Cyr unterrichtet worden sei, bezeichnete sie als „klares Versäumnis“. Die Verteidigungsministerin hatte zudem alle Kasernen auf Wehrmachtsdevotionalien durchsuchen lassen. 41 Fundstücke wurden in den rund 400 Standorten gefunden. Sie sollen laut Florian Hahn aber weniger schwerwiegend gewesen sein als die Funde im elsässischen Illkirch, wo Franco A. stationiert war.

Von der Leyen will nun dafür werben, das Traditionsverständnis der Bundeswehr stärker an der eigenen Historie auszurichten. Der geltende Traditionserlass von 1982 soll überprüft werden. Die Bundeswehr habe eine über 60-jährige erfolgreiche Geschichte als Armee der Demokratie, der deutschen Einheit und als Parlamentsarmee, die für Frieden in der Welt kämpfe. Auch als Helfer bei Flutkatastrophen seien die Soldaten im Einsatz. „Wir können aus dieser Geschichte so viel schöpfen. Darauf sollten wir uns besinnen“, sagte von der Leyen.

Stefan Uhlmann ||

»Generalverdacht« Die Linksfraktion hatte die Aktuelle Stunde mit der Überschrift „Aufklärung möglicher rechtsextremer Strukturen in der Bundeswehr“ beantragt. Neue Fakten brachte die Debatte nicht zu Tage. Sie lieferte aber einen Vorgeschmack auf den Wahlkampf. Dass Linke und Grüne die Verteidigungsministerin kritisieren, war erwartbar. Aber auch der Koalitionspartner SPD nahm von der Leyen schwer unter Beschuss. Kurz vor der Debatte hatte SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz ihr vorgeworfen, die Soldaten unter Generalverdacht zu stellen und für einen Imageverlust der Truppe verantwortlich zu sein. Schulz traf sich öffentlichkeitswirksam mit dem Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, André Wüstner, während die Ministerin erneut dem Verteidigungsausschuss Rede und Antwort stehen musste.



Bekennnis gegen Rechtsextremismus: Plakat im Gebäude des Jägerbataillons 291 in der Kaserne der deutsch-französischen Brigade in Illkirch.

© picture-alliance/dpa

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper